Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 436 Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag den 18. September 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Paris, 17. Sept. Die „Patrie“ sagt: Herr v. Bismark ist gestern aus Biarritz angekommen, reist morgen nach Berlin. — Marschall Castellane ist gestorben.

Turin. Der Zustand Garibaldi's hat sich etwas verschlimmert. (Angekommen 9 Uhr 20 Min.)

München, 16. Sept. Nach einem neuern Beschlusse reist Ihre Majestät die Königin von Neapel in der nächsten Woche nach Rom.

Großdeutsch gesinnte Mitglieder der süddeutschen Landtage bereiten einen gemeinsamen Schritt in der Bundesreform-Frage vor.

Mailand, 16. Sept. Die heutige „Perseveranza“ meldet aus Turin vom 15. d. M.: Der Ministerrath entschied sich definitiv für die Amnestirung aller Betheiligten, mit Ausnahme Garibaldi's, seiner Hauptmitschuldigen und der Deserteure. Letztere werden von dem Militärgericht abgeurtheilt, Garibaldi aber und dessen Mitschuldige, im ganzen zehn Personen, kommen vor die Assisen.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

49. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (17. Sept.).

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr. Das Haus ist in lebhafter Erregung. In der Hofloge Generalfeldmarschall v. Wrangel. Am Ministertisch: der Justizminister und die Reg.-Commissarien, später Herr v. d. Heydt, Herr v. Roon und Herr v. Mühler. Tagesordaung: Fortsetzung der Militärdebatte. Zu dem Antrage der Commiss.: I. „Die kgl. Staatsregierung aufzufordern, die Gehälter der etatsmäßigen Stellen auch für die höhereu Chargen fest zu bestimmen, so daß diese Gehälter nicht ferner von dem Range der Inhaber abhängig bleiben;“ II. „von den für 2 Departementsdirektoren (z. B. Generallieutenants) geforderten 10,400 Thlr. das Plus von 1000 Thlr. gegen das Vorjahr abzusetzen, und 1900 Thlr. (um welche Summe die Civilbesoldung dieser Stellen in der Civilverwaltung geringer besoldet sein würden) als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen“, nimmt das Wort der Reg.-Commissar Sixtus: Das Interesse des Dienstes erfordere es, die Stelle der Departements-Direktoren durch höhere Offiziere zu besetzen und dieselben in dieser Stellung auch bei ihrem weiteren Avancement zu belassen. Deshalb empfehle es sich, diese Gehälter nicht zu fixiren. Wenn die Stellen mit Obersten besetzt seien, reiche die im Vorjahr ausgeworfene Summe mehr als aus, wenn mit Generallieutenants, genüge sie nicht. Aehnlich verhalte es sich auch mit den Räthen des Kriegsministeriums. Das Durchschnittsgehalt der Ministerialräthe betrage 3400 Thlr., während Hauptleute, die im Kriegsministerium als Räthe fungirten nur 730—900 Thlr. bezögen. Auch deren Gehalt steige mit dem Avancement. Er bitte die Commissions-Anträge abzulehnen. Der Kriegsminister bittet gleichfalls um Verwerfung des Commissions-Antrages. Die Commission sei nur zufällig auf denselben gekommen, dadurch, daß der eine Departementsdirektor im Laufe des Jahres vom Generalmajor zum General-Lieutenant avancirte und nunmehr die höhere Competenz dieser Stelle beziehe; dadurch sei die Mehrforderung gegen das Vorjahr herbeigeführt. Es verstehe sich doch von selbst, daß vor Allem darauf zu sehen sei, daß die geeigneten Persönlichkeiten ausgewählt werden könnten.

Abg. v. Stavenhagen: Beide Anträge, der prinzipielle und der auf Absetzung der 1000 Thaler seien zu trennen. Nicht zufällig sei die Commission auf ihren Antrag gekommen, schon im vorigen Jahre sei das Verhältniß in der Commission besprochen worden und es sei nicht gerechtfertigt, daß die Gehälter sich nach dem Rang, nicht nach der Dienst-Stellung der Betreffenden richten. Auch werde bei den niedern Stellen das entgegengesetzte Prinzip befolgt. Der Regiments-Commandeur beziehe das Gehalt als solcher, gleichviel ob er Oberst oder Major sei.

Regierungs-Commissar Sixtus: Das Kriegsministerium habe keinen Unterstaatssekretär trotz des großen Umfangs seiner Geschäfte, und würde möglicherweise durch Beschränkung der Gehälter für die Departements-Direktoren zur Anstellung eines solchen und der damit verbundenen Etats-Erhöhung genöthigt sein.

Der prinzipielle Antrag der Commission (zu I.) wird hierauf mit sehr großer Majorität genehmigt. (Dagegen Graf Schwerin, v. Patow und die Conservativen.) — Gegen den Antrag auf Absetzung der 1000 Thlr. (zu II.) nimmt das Wort der Abg. Stavenhagen: Er selbst habe den Antrag in der Commission gestellt, aber nicht mit der Absicht, demselben rückwirkende Kraft beizulegen, wie die Commission wolle. Die Billigkeit spreche dagegen: das so eben gemißbilligte Prinzip sei seit Jahren befolgt, die Betreffenden befänden sich seit 10—12 Jahren in ihrer Stellung, und es scheine deshalb nicht gerechtfertigt, die 1000 Thlr. schon jetzt zu streichen. — Die Bemerkung des Abg. v. Bockum-Dolffs: einer der beiden Directoren sei noch nicht Generallieutenant, wird durch den Regierungs-Commissar Bose und den Abg. v. Patow (unter Hinweis auf den Inhalt des Commissions-Berichts) für thatsächlich unrichtig erklärt. — Abg. Stavenhagen beantragt, den Commissions-Antrag mit der Modification anzunehmen, daß statt 1900 künftig 2900 Thlr. als „künftig wegfallend“ bezeichnet, die 1000 Thlr. dagegen nicht abgesetzt würden. Bei der Abstimmung wird dieses Amendement mit sehr großer Majorität bewilligt, der Commissions-Antrag auf Absetzung der 1000 Thlr. also verworfen. (Für den Commissions-Antrag die Fortschrittspartei.)

2520 Thlr. für 7 Assistenten, als zur Armee-Organisation gehörig, werden gestrichen. Demnächst wird der Titel 1 der Ausgabe mit 200,480 Thlr., darunter künftig wegfallend 5800 Thlr. vom Hause genehmigt. In Folge dieses Beschlusses zieht Abgeordneter Stavenhagen sein Amendement in seinem prinzipiellen Theile zurück und erhält nur die eventuellen Anträge aufrecht. Abgeordneter von Vincke (Stargardt) hält es jedoch für möglich, daß „Zwischenfälle“ eintreten könnten, in Folge deren das Haus seine Ansicht änderte, und nimmt den Prinzipal-Antrag wieder auf. Zu Tit. 5 (Militär-Intendanturen, persönliche Ausgaben) beantragt die Commission Absetzung und Streichung von 32,000 Thlr. als Reorganisationskosten; das Stavenhagensche, jetzt Vinckesche Amendement will an Gehältern 15,610 Thlr. absetzen.

Kriegsminister v. Roon: Meine Herren! Es ist der Regierung vorgehalten worden, daß es ihr an Entgegenkommen fehle in Bezug auf die vorliegende Frage. Man ist so weit gegangen, zu meinen, die Regierung suche den Conflict. Um den Beweis zu geben, daß diese Voraussetzung nicht zutrifft, habe ich die Ermächtigung und damit den Auftrag erhalten, bei dieser Gelegenheit zu erklären, daß die Regierung das Amendement, das gegenwärtig von Herrn von Vincke wieder aufgenommen ist, für 1862, in Beziehung auf das Resultat für annehmbar hält, wiewohl es ihr außerordentlich schwer wird, die in diesem Amendement bezeichneten Reductionen in den Etat, der bereits zum großen Theil konsumirt ist, noch auszubringen. Namentlich wird es ihr schwer werden, an denjenigen Stellen, welche das Amendement ausdrücklich bezeichnet, diese Reductionen vorzunehmen; aber jedenfalls wird das hohe Haus sich überzeugen, daß die Regierung mit dieser Bereitwilligkeit dokumentirt, daß sie keinenfalls auf einen Conflict spekulirt. Nun ist ja in diesem Amendement, wenn ich es richtig verstehe, ein Vorbehalt gemacht worden, in Bezug auf den Etat von 1863, und ein weiteres Amend. der Herren Stavenhagen, v. Sybel, Schubert u. Twesten für den Etat pro 1863 liegt gleichfalls bereits vor, wiewohl dieser Etat selbst gegenwärtig noch nicht zur Diskussion gestellt ist. Ich bin mir darüber gar nicht unklar, daß das Amendement für das Jahr 1863 eigentlich den Kern der Frage berührt. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß es sich empfehlen wird, späterhin über die Stellung der Regierung zu diesem Amendement eine bestimmtere Erklärung abzugeben. Ich meine aber schon gegenwärtig mich beziehen zu können auf meine vorgestrige Erklärung, welche ausdrücklich darzuthun suchte, daß, selbst wenn die Regierung auf eine weitere factische Verkürzung der Dienstzeit eingehen wollte, sie doch Bedenken tragen müßte, dies in der Weise zu thun, wie das in den Commissions-Berathungen und in dem Amendement der Herren Stavenhagen u. s. w. ausgedrückt ist. Ich glaube, daß so mancherlei technische Erwägungen in medio sind, daß selbst für diesen Fall sehr gründlich und ernstlich an Compensationen gedacht werden müßte, welche unerläßlich sein werden, wenn die Regierung mit Rücksicht auf die öffentliche Stimmung und mit Rücksicht auf die Stimmung in diesem Hause selbst zu einem solchen Schritte sich entschlösse. Ich muß mir also meine Erklärungen in dieser Beziehung vorbehalten. Ich glaube, meine heutige Auslassung wird darthun, daß die königliche Staatsregierung überhaupt keineswegs auf das speculirt, was man einen Conflict nennt, sondern daß die Regierung vielmehr das Bedürfniß fühlt, eine Einigung über die obschwebende Frage herbeizuführen.

Abg. v. Hennig (Straßburg): Die so eben gehörte Erklärung des Kriegsministers habe gewiß Jedermann überrascht, besonders nach der gestrigen Erklärung, daß die Regierung sich außer Stande befinde, auf irgend welche Propositionen einzugehen. Der Kriegminister habe gestern ausdrücklich erklärt, daß er sich selbst für 1863 nicht in der Läge befinde, auf das Amendement einzugehen. Ueber den letzten Punkt habe er sich zwar auch heute nicht deutlich ausgesprochen, sondern wiederum auf die Zukunft vertröstet. Die Commission sei nicht durch den Wunsch geleitet worden, daß die Regierung augenblicklich nachgeben solle, sondern sie wolle, daß die Regierung das thun solle, was ihrer Ueberzeugung nach ihre Verpflichtung sei, nämlich gesetzliche Regelung der Sache. (Ruf: sehr richtig!) Die faktischen Zugeständnisse könnten nicht befriedigen, und er könne darin nicht erkennen, als die Wiederholung dessen, was die Regierung bereits gethan habe. Das Land aber wolle sein Recht. (Bravo!) So lange dem Lande sein Recht nicht gewährt worden sei, könne die Commission von ihren Beschlüssen nicht abgehen, sie müsse daran festhalten, trotz aller Insinuationen, und er und seine Freunde seien sich bewußt, daß sie die Stimmen des ganzen Landes für sich hätten, und das werde sie aufrecht erhalten. Die Regierung möge mit einem Gesetze kommen, und wenn dieses Entgegenkommen stattfinde, dann werde das Haus gewiß bereit sein, diejenigen Opfer zu bringen, welche zu einem gedeihlichen Friedensschluß erforderlich seien.

Abg. v. Vincke (Stargardt) entgegnet darauf, daß der Vorredner schwerlich die Autorisation habe, den Standpunkt der Budgetcommission zu vertreten, jedenfalls aber nicht die Berechtigung, im Namen der Majorität oder gar des Hauses zu sprechen. Der Kriegsminister habe sich dem Standpunkt der Minorität in entgegenkommendster Weise genähert. Die Majorität hätte damit die Gelegenheit erhalten, zu beweisen, daß sie von patriotischer Hingebung erfüllt sei.

Präsident Grabow: Der Hr. Kriegsminister habe gewünscht, bevor Pos. b. zur Debatte komme, das Wort zu erhalten, um sich über die Stellung des Ministeriums auszusprechen. Dies sei nun geschehen, und er glaube, daß es jetzt nicht mehr an der Zeit sei, diese Aeußerung des Herrn v. Roon zum Gegenstande der Debatte zu machen. Man sei bei Pos. b. und bitte er die folgenden Redner, sich nur an diese zu halten.

Abg. Reichensperger (Beckum) erklärt, daß er nur deshalb zur Minorität gehört und mit ihr gestimmt habe, nicht weil er die gesetzliche Regelung nicht wolle, sondern weil die Majorität die Krisis zur Ministerfrage machen wolle. (Oh, oh, links.) Er glaube nicht, daß die Partei ein besseres Ministerium bilden könne. Was nun die Verdächtigungen anbeträfe, so würde wohl seine Partei am meisten davon zu leiden haben. Er sähe schon im Geiste die Zeitungsartikel vor sich, die für die Majorität allen Patriotismus und Mannesmuth in Pacht nähmen. Im Uebrigen theile er den Standpunkt des Herrn v. Vincke.

Der Kriegsminister hofft, daß der Abg. v. Hennig nicht die Stimmung der Majorität kund gegeben habe. Sollte er sich in dieser Hoffnung täuschen, so glaube er, daß die Regierung berechtigt sei, anzunehmen, daß alle versöhnenden Schritte, die sie thun könne, vergeblich seien. Das würde nicht drückend für die Regierung, aber sehr belehrend für das Land sein. Er bitte deshalb die Majorität, ihrer patriotischen Pflichten eingedenk zu sein.

Abg. v. Hennig (Straßburg): Man hat angezweifelt, ob ich das Recht gehabt habe, Namens der Budget-Commission und der Majorität zu sprechen. Ich habe nicht die geringste Vollmacht dazu, aber die Majorität hat durch die Debatte und durch die Abstimmung bewiesen, daß sie auf gesetzlicher Regelung der Frage bestehe, und daß dieser Rechtspunkt für ihre Beschlüsse maßgebend ist. Daß sie ihre Meinung geändert haben sollte, ist mir nicht bekannt und nicht anzunehmen. Es ist ganz richtig, wenn der Herr Kriegsminister annimmt, daß ich wohlbedacht gesprochen. Ich habe reiflich überlegt, was die Partei thun müsse, wenn die Regierung ungenügende Concessionen anbiete, und ich habe mir die Frage beantwortet, daß es nur möglich sei, auf dem bisher innegehaltenen Wege fortzugehen. Dem Abgeordneten für Beckum entgegne ich mit wenigen Worten, daß wir keine Ministerlisten zusammensetzen, und daß der Weg, den wir gehen, auch der letzte sein wird, der zu den Ministerportefeuilles führt.

Abg. Immermann: Ich erkläre mich nicht im Namen der Budget-Comm. und der Majorität, sondern in meinem Namen und, wie ich glauben darf, im Namen meiner politischen Freunde. Zwischen uns und dem Ministerium muß Wahrheit herrschen. Ich war von Anfang an entschlossen, den Faits accomplis nicht Rechnung zu tragen und der Reg. auf diesem höchst gefährlichem Wege nicht zu folgen. Wenn die vollendeten Thatsachen nur geringere Veränderungen betreffen, so können sie wohl manchmal durch spätere Concessionen wieder gut gemacht werden, nicht aber, wenn sie eine solche Wucht haben, wie jetzt, nicht, wenn sie wie die Militärorganisation einen solchen Conflict herbeigeführt haben, daß das Leben der Staatsverfassung auf dem Spiele steht. Dann muß man ihnen entschieden entgegentreten und sich das Herz fassen, ein entschlossenes Nein zu sagen. Deshalb kann ich diesen drei Jahren gegenüber, während welcher die Krisis sich entwickelte, nur drei Vorbedingungen der Versöhnung gelten lassen. 1) Wenn die Frage gesetzlich geregelt wird, 2) wenn die Reg. Indemnität nachsucht, 3) wenn sie einen Organisationsplan vorlegt. Dann werden wir als Patrioten auch die Hand bieten. Wenn dies aber nicht geschieht, und wir zur Ablehnung gezwungen werden, dann glauben wir auch ebenso gute Patrioten zu sein, wie der Abg. für Stargardt. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. v. Bockum-Dolffs: Die Erklärung des Kriegsministers erfordere seines Erachtens eine Berathung und Bericht der Budgetcommission. Er beantrage daher die Vertagung der Sitzung und ersuche für den Fall der Annahme dieses Antrages die Mitglieder der Commission, zu einer Berathung zusammenzutreten. — Er declarirt auf Befragen diesen Antrag dahin, daß er Vertagung bis morgen um 9 Uhr wünsche. Die Vertagung wird genehmigt. (Dagegen v. Kirchmann, Waldeck und ein Theil der Katholiken.)

Abg. Reichensperger (Beckum) bemerkt persönlich gegen v. Hennig, er habe nicht behauptet, die Herren auf der linken Seite des Hauses seien mit Bildung einer Ministerliste beschäftigt; die Aufforderung des Herrn von Forckenbeck an die Minister, ihre Demission einzureichen, habe ihn selbst veranlaßt, sich privatim mit dem Gedanken an eine solche zu beschäftigen. — Abg. Virchow beantragt, schleunigst einen Abdruck des stenographischen Berichts veranlassen und der Budgetcommission zugehen zu lassen. Auf Wunsch des Präsidenten Grabow erklärt der Kriegsminister sich bereit, den Bericht sofort durchzusehen.

Abg. v. Forckenbeck (persönlich): Er habe gestern nur eine wörtliche Aeußerung des Herrn v. d. Heydt angeführt, und zwar nur angeführt als Auskunftsmittel für den Fall, daß das Ministerium eine gesetzliche Regelung nicht herbeiführen wolle oder könne.

Abg. v. Bockum-Dolffs ersucht die Mitglieder der Budgetcommission sofort zur Berathung zusammen zu treten, und die Minister des Krieges und der Finanzen persönlich dabei anwesend zu sein. Schluß der Sitzung 10¾ Uhr.

Um 12 Uhr trat die Budgetcommission zusammen. Der Finanzminister und der Kriegsminister waren anwesend. Ebenso war eine große Anzahl von Abgeordneten erschienen. Die Verhandlungen begannen mit der Verlesung der heutigen Erklärung des Kriegsministers nach dem stenographischen Berichte. Im Anschluß daran bemerkte der Kriegsminister: Zu weiteren Erklärungen sei er in diesem Augenblicke nicht im Stande; man möge die jetzige Sitzung der Commission benutzen, und über gewisse Eventualitäten sich auszusprechen. Die Regierung könne unmöglich den Etat für 1863 so annehmen, wie ihn die Commission oder auch der Twesten'sche Antrag vorschlage; jedenfalls müsse man ihr Zeit lassen, den Etat umzuarbeiten; auch müßten erst im Staatsministerium bindende Beschlüsse gefaßt werden; dazu würde eine erhebliche Zeit erfordert werden, zumal es sich dabei um gleichzeitige Vorlegung des gewünschten Gesetzes handle. Ueber den eventuellen Inhalt dieses Gesetzes und die Umarbeitung des Etats könne er jetzt nichts weiter sagen; nur wolle er bemerken, daß für die Regierung keine Möglichkeit vorliege, an der gesetzlichen Dienstzeit zu ändern; nur eine faktische Änderung sei möglich; wie weit dieselbe gehen könne, sei durch technische Erwägungen bedingt. Jedenfalls seien beides sehr wichtige Arbeiten, welche einerseits längere Zeit erforderten, andererseits entschiedene Wechselwirkung auf einander übten. Ein Gesetz von einigen Paragraphen in die Diskussion zu werfen, hätte die Regierung immer in der Hand gehabt, aber eine solche fragmentarische Behandlung würde dem Bedürfniß nicht genügt haben; eine gründlichere Durcharbeitung der Sache sei nöthig. Ob es sich empfehle, ein ganz neues Organisationsgesetz auszuarbeiten, sei ihm noch zweifelhaft. Deßhalb würden weitere und bestimmtere Auslassungen hier in der Commission und im Hause über das, was man seitens der Landesvertretung von der Regierung erwarte, ihm willkommen sein. Bis jetzt habe er aus den Verhandlungen wesentlich nur entnehmen können, daß man eine endliche Erledigung dieser Frage durch ein Gesetz wünsche. Gewiß wünsche die Regierung das auch. Könne es nun heute auch in der Commission noch nicht zu einer definitiven Erledigung kommen, so brauche man doch die Verhandlung nicht zu vertagen, sondern möchte lieber seine Wünsche aussprechen. (Zum Verständniß dieser Hindeutung auf eine etwaige Vertagung ist zu bemerken, daß vor dem eigentlichen Beginne der Commissionssitzung der Finanzminister bei dem Präsidenten Grabow die Vertagung der nächsten Plenarsitzung auf übermorgen angeregt hatte.)

Abg. v. Sybel: Ihm sei die Erklärung des Ministers im Hause als eine entgegenkommende erfreulich gewesen, aber sie sei sehr unbestimmt, höchst vorsichtig, zurückhaltend; auch jetzt fehle dem Kriegsminister die Autorisation zu weitern Erklärungen; er frage, ob diese Autorisation als nahe bevorstehend anzusehen sei; in diesem Falle sei es besser, nicht theoretisch zu diskutiren über den künftigen Organisationsplan, sondern die präcisen Erklärungen abzuwarten.

Abg. Stavenhagen: Auch er halte eine Diskussion über die Grundzüge des künftigen Organisationsplanes nicht für fruchtbringend; zudem seien die allgemeinen Tendenzen des Hauses der Regierung bekannt genug; von größeren Spezialien erwarte er jetzt keinen Erfolg; er fasse die Erklärung des Ministers so auf, daß über das Ob eines neuen Organisations-Planes im Staatsministerium kein Zweifel mehr obwalte, sondern mehr über das Maaß der Annäherung an die Ansichten des Hauses; in kurzer Frist sei diese Frage allerdings nicht zu erledigen; die Regierung scheine eine längere Vertagung des Hauses zu wünschen, und es entstehe nun die Frage, ob eine Vertagung von dreißig Tagen eintreten solle oder eine längere; dafür gebühre der Regierung die Initiative.

Abg. v. Hennig: Zwischen den beiden Erklärungen des Kriegsministers sei ein erheblicher Unterschied, hier in der Commission spreche der Kriegs-Minister von der Absicht einer gesetzlichen Regelung; über das Wie sei das Haus einig; das Land wolle zweijährige Dienstzeit und Erhaltung der Landwehr; wenn die Regierung darauf eingehe, so sei die Erledigung der Frage leicht; die Vertagungsfrage hänge von weiteren bestimmten Zusagen der Regierung ab. — Abg. Techow erneuerte die Anfrage Sybels, deren Beantwortung für den Gang der Debatte maßgebend sein würde. — Der Kriegsminister: Zu definitiven Aeußerungen, zur Vorlegung einer Directive werde er morgen im Stande sein; das schließe aber nicht aus, daß die Mitglieder der Commission sich schon jetzt in dem von ihm angedeuteten Sinne äußerten. Für die Erhaltung der Landwehr sei die Regierung auch, und zwar in einer Form, welche den ursprünglichen Bestimmungen näher stehe, als die bisherige; eine Lücke sei in dieser Beziehung nicht vorhanden. Eine gesetzliche Regelung habe die Regierung immer im Auge gehabt, und das auch immer erklärt. — Abg. Behrend befürwortet Vertagung bis morgen, da es jedenfalls für die Mitglieder wünschenswerth sein müsse, vor ihren Aeußerungen die Directive zu kennen, welche der Minister zugesagt habe.

Abg. Osterrath: Die Commission habe bereits ihre Ansichten und Beschlüsse niedergelegt, sie sei keine Militär-Commission, die sich über Organisationspläne zu äußern habe. — Abg. André in ähnlichem Sinne: Bisher habe man ja immer gesagt, die Abgeordneten verständen nichts von Militärsachen. — Der Kriegsminister: Zur Ausarbeitung eines Organisationsplanes habe er nicht aufgefordert, aber was das Bedürfniß des Landes sei, verstehe die Commission doch wohl; die Aeußerungen über die Landwehr hätten doch schon zu dem Resultate geführt, daß seiner Ansicht nicht widersprochen sei (der Abg. v. Hennig entgegnete später, die Abgeordneten könnten nicht immer gleich das Wort nehmen); es komme darauf an, daß die Regierung die Grundlagen kennen lerne, auf welchen eine Einigung möglich sei. Auch die Eventualitäten einer Vertagung seien zu besprechen; unter welchen „Bedingungen“ die Landesvertretung darauf eingehen könne, und andererseits die Regierung ebenfalls, damit man nicht nachher wieder auf demselben Punkte stehe wie jetzt. — Der Vorsitzende erklärt, durch die Vertagung der Plenarsitzung habe das Haus schon seine Bereitwilligkeit zur Verständigung gezeigt.

Abg. v. Forckenbeck für Vertagung im Interesse einer ruhigen und vorsichtigen Erörterung dieser wichtigen Sache; seit Monaten sei die Commission in die reine Negation gedrängt; solle man jetzt plötzlich nun ins Positive übergehen, so müsse das sorgsam erwogen werden. — Der Kriegs-Minister: Die Regierung beklage eben diese negative Haltung; sie müsse aber doch wissen, ob die Majorität diese negative Haltung jetzt aufgeben wolle; sonst strecke die Regierung die Hand aus zur Verständigung und müsse sie leer zurückziehen; die Commission möge nun also — mit der Regierung — die „Bedingungen“ einer Verständigung festsetzen; in 24 Stunden möchten die Ansichten vielleicht reifer sein; aber doch sei es für die Regierung wünschenswerth, dieselben jetzt kennen zu lernen; eine anderweite gesetzliche Regelung der Dienstpflicht gehe über das Vermögen der Regierung; das heiße, die jetzige Position aufgeben für immer; es könnten Verhältnisse eintreten, wo das Bedürfniß einer längeren Dienstzeit vorliege. — Abg. Duncker für Vertagung, da die Erklärung des Ministers im Hause noch nicht eine definitive sei. — Abg. Virchow macht noch geltend, Aeußerungen der einzelnen Mitglieder könnten nicht maßgebend sein für die Regierung; das könnten nur Beschlüsse der Commission. — Abg. Harkort: Er sei nicht gegen die Vertagung, aber wenn der Minister bei der dreijährigen Dienstzeit bleibe, dann sei jede weitere Verhandlung überflüssig, ob sie heute stattfinde, oder nicht. — Die Vertagung der Sitzung auf morgen 10 Uhr wurde beschlossen; zugleich wird die Commission beim Präsidenten des Hauses die Vertagung der nächsten Plenarsitzung auf übermorgen (Freitag) beantragen, — ein Antrag, dem bereits stattgegeben ist.

Berlin, 17. Sept. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem kaiserlich russischen Collegien-Assessor und Director des Zollamts in Garsden, von Heimowski, den königl. Kronenorden vierter Klasse, so wie dem Unterarzt Kloß der schlesischen Artillerie-Brigade Nr. 6 und dem Rathsdiener Carl Mildner zu Trachenberg im Kreise Militsch das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Bekanntmachung. In Folge zahlreicher Beschwerden über den Aufkauf der Lotterie-Loose durch Wiederverkäufer haben wir, um dem Publikum ein Mittel behufs Wiedererlangung gespielter Loose zur folgenden Klassen-Lotterie an die Hand zu geben, die Anordnung getroffen, daß für Spieler, welche bei Erneuerung von Loosen zur vierten Klasse dem Einnehmer oder Unter-Einnehmer die Absicht des Spieles derselben Loose in der folgenden Klassen-Lotterie aussprechen, diese Loose vom Einnehmer, sofern sie seiner Kollekte angehören und nicht die Zahl von drei ganzen Loosen überschreiten, bis zum zehnten Tage nach beendigter Ziehung vierter Klasse aufzubewahren und erst dann, wenn sie bis dahin nicht unter Zahlung des Einsatzes und Vorlegung der entsprechenden Loose vierter Klasse der vorhergegangenen Lotterie abgefordert worden, anderweit zu verkaufen sind.

Den Spielern, welche hiernach die bevorstehende Erneuerung der von Zwischenhändlern gekauften Loose selbst bewirken wollen, aber nicht den Wohnort des auf den Loosen unterschriebenen Einnehmers kennen, wird die unterzeichnete Behörde diesen Wohnort auf Anfrage mittheilen. Auch werden etwa hierher mit den Einsatzbeträgen vierter Klasse bis zum 18. k. M. eingehende Loose unmittelbar den betreffenden Einnehmern zugestellt werden. Berlin, den 13. September 1862. Königliche General-Lotterie-Direction. Leist. Voigt. (S. d. Annonce im heutigen Morgenbl.) (St.-A.)

Zu Schroda und zu Wreschen im Regierungsbezirke Posen werden am 20. Sept. d. J. bei den dortigen Post-Expeditionen Telegraphenstationen mit beschränktem Tagesdienste (cfr. § 4 des Reglements für die telegraphische Correspondenz im deutsch-österr. Telegraphenverein) eröffnet werden.

Gewinne der dritten Klasse königl. preuß. Klassen-Lotterie.

Ziehung vom 17. September.

1 Gewinn von **15000 Thlr.** auf Nr. 87634.
1 Gewinn von **5000 Thlr.** auf Nr. 5621.
1 Gewinn von **2000 Thlr.** auf Nr. 62776.
2 Gewinne von **1000 Thlr.** auf Nr. 15691 59087.
1 Gewinn von **300 Thlr.** auf Nr. 29868.
13 Gewinne zu **100 Thlr.** auf Nr. 10836 15162 34736 38756 39374 51336 53695 55089 57830 69792 79397 85579 91763.
16 Gewinne von **80 Thlr.** auf Nr. 502 5532 10073 15043 23707 29952 36751 46738 48323 74255 82980 83555 83724 87165 88159 94354.
31 Gewinne von **60 Thlr.** auf Nr. 109 14559 16777 18946 20749 25263 27801 27858 28514 31737 37801 40352 42313 47315 50931 57436 61077 62179 63531 64150 65501 66629 67515 70270 74702 86376 88592 90304 90652 92299 92753.

[illegible]

Pl. **Berlin,** 17. September. [Die Wendung der Dinge.] Die Residenz steht heut einigermaßen mit verblüfftem Gesicht der Ueberraschung gegenüber, welche der Kriegsminister, wie ein Donnerschlag aus heiterem Himmel, auf das Haus fallen ließ. Bei dem starren Antagonismus gegen die zweijährige Dienstzeit, wie er bis jetzt hervorgetreten, ist die Zustimmung zu dem Stavenhagen'schen Amendement seitens der Regierung eine ungeheure Concession. Man muß die Verhältnisse und Beziehungen, welche nur andeutungsweise berührt werden dürfen, kennen, um die Tragweite dieses Zugeständnisses ermessen zu können. Fraglich bleibt es immer, ob man bei früherer Bereitwilligkeit zu derartigem Nachgeben 273 Stimmen gegen und nur 68 für die Regierung hätte abgeben sehen; dies Resultat scheint indessen doch eine Umstimmung herbeigeführt zu haben. Der König, so wird mir versichert, soll von den Verhandlungen betroffen, von der Abstimmung überrascht worden sein; ich sah den Monarchen gestern Nachmittag auf dem Balcon seines hiesigen Palais einen Moment auf und nieder gehen, auf seiner Stirn lag tiefer Ernst und Besorgniß; wenige Minuten später versammelte sich der Ministerrath, man debattirte drei volle Stunden unter dem Vorsitz des Monarchen über den Verlauf der Debatten und die nach der Abstimmung einzuleitende Taktik. Wie weit es Vermuthung ist, weiß ich nicht, erzählt aber wird, daß die ernstlich bedroht gewesene entente cordiale zwischen dem Finanzminister und dem Kriegsminister hierbei sich als wiederhergestellt gezeigt habe und von Beiden zum Nachgeben gerathen worden sei, die Departements-Chefs hätten wie gewöhnlich secundirt und Graf Bernstorff habe isolirt gestanden. Darauf sei beschlossen worden, was der Kriegsminister heute dem Hause verkündet. Die Aufregung ist groß, sie reicht viel weiter als in die Kreise der Abgeordneten. Ein seltsames Criterium für die Situation ist die von dem überwiegenden Theile des Publikums getheilte Auffassung, welche auch von vielen Abgeordneten getheilt wird. Man glaubt nämlich, es sei der Regierung gar nicht Ernst mit der Concession, sie habe deren Ablehnung vorausgesehen und im Hintergrunde die Absicht, darauf hin das Abgeordnetenhaus aufzulösen; mit gutem Gewissen, denn sie hatte ja dann Entgegenkommen gezeigt. Ich bin in der erfreulichen Lage, versichern zu können, daß diese Annahme falsch ist, es ist der Regierung wirklich Ernst um die Ausgleichung des Conflictes auf legalem Wege. Der gute Genius Preußens, auf den ich im letzten Briefe hinwies, fängt an seine Schuldigkeit zu thun, er wird uns hoffentlich nicht verlassen. Zum Beweise aber, daß meine Angabe nicht auf Vermuthung beruht, theile ich Ihnen verbürgt mit, daß der Kriegsminister heute Mittag ein hervorragendes Mitglied der Fraction des linken Centrums, welches dem Minister gegenüber in offner Opposition gestanden, zu sich bitten ließ und von demselben Rathschläge in Betreff der staatsrechtlichen Grundzüge des zu erlassenden Reorganisationsgesetzes entgegen genommen hat. — In Babelsberg sind Mittags die Einladungen zur Hoftafel abbestellt worden. Der König kam um ¾3 Uhr hier an und präsidirte Nachmittags abermals einem mehrstündigen Ministerrath. Um 6 Uhr trat die Budgetkommission zu einer Privatberathung, d. h. ohne Anwesenheit der Minister oder ihrer Commissarien, zusammen. Sämmtliche Fractionen des Abgeordnetenhauses halten diesen Abend Sitzungen; kommt eine Einigung zu Stande, so ist mit höchster Wahrscheinlichkeit eine Vertagung, und zwar auf mehr als 30 Tage, unter Zustimmung des Landtages zu erwarten.

Breslau, 18. Sept. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Vorwerksstraße Nr. 32 ein Frauen-Oberrock von rothem Kasimir, ein schwarzgepunkter wollener Frauenrock, ein weißer Pique-Unterrock, ein Plätteisen und eine Wasserflasche; Neumarkt Nr. 26 ein schwarzer Frauen-Oberrock mit weißen Punkten, und eine Stahlbrille, welche letztere sich in der Tasche des Rockes befand; Hummerei Nr. 20 eine graue Düffeljacke; auf dem oberschlesischen Bahnhofe von einem mit Getreide beladenen Wagen ⅔ Sack Weizen; auf der Junkernstraße einem sechsjährigen Mädchen durch eine ungekannte Frauensperson ein Paar goldne Schlangenohrringe.

Verloren wurden: ein in grauen Pappdeckel gebundenes Notizbuch, in welchem sich 18 Thaler in Kassenanweisungen und eine Aufenthaltskarte auf den Ziegelei-Arbeiter Wilhelm Wittig lautend befanden; ein an den Kaufmann Neumann adressirter Geldbrief mit dem Poststempel „Strehlen", enthaltend eine Banknote über 100 Thaler; ein Paar Handschuhe.

Gefunden wurde: ein eiserner Steinsetzhammer.

Eingefunden hat sich am 14ten d. bei dem an der Ziegelbastion stationirten Promenadenwächter Scholz ein großer schwarzer Hund. (Pol.-Bl.)

---

y **Kanth,** 12. Sept. [Statistik.] Ueber die Verwaltung der Kommunal-Angelegenheiten entnehmen wir aus dem Berichte des Magistrates für das Jahr 1861 Folgendes: Bei der letzten Zählung im December v. J. hatte die Stadt 2291 Einwohner, Katholiken 1581, Evangelische 641, Juden 69; es hat sich also die Einwohnerzahl seit 1858 um 155 Seelen vermehrt. Der Bauzustand hat sich durch mehrere Neubauten gehoben; in der Stadt sind nur noch 3 Gebäude mit Schindeldach, in der Vorstadt 27 Gebäude, meist Scheuern und Ställe, unter weicher Bedachung. Seit 1849 sind 65 Gebäude unter Schindeln oder Stroh, in solche mit feuerfesten Dächern umgewandelt worden. An Gebäuden sind vorhanden: 1 kathol. und 1 evang. Kirche, 1 jüdisches Bethaus, 2 Schulen, 1 Waisenhaus, 1 Hospital, 6 öffentliche Gebäude, 213 Privat-Wohnhäuser, 31 Fabrik- und Werkstätten und 229 Ställe und Scheuern. Diese Gebäude sind mit 208,500 Thlr. versichert, welche Summe mit dem wirklichen Werthe in keinem Verhältnisse steht.

Breslauer Sternwarte.

17. Sept. 10 U. Abds.	27 11,14	+10,4	NO. 1.	Heiter.
18. Sept. 6 U. Morg.	27 11,75	+8,8	N. 1.	Trübe.

Wasserstand.

Breslau, 18. Sept. Oberpegel: 13 F. 1 Z. Unterpegel: — F. 10 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 17. Septbr., Nachm. 1½ Uhr. 3proz. Rente 68, 85. Credit-mobilier 955. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 481.

Paris, 17. Sept., Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 68, 90, fiel auf 68, 70 und schloß träge zur Notiz. Schluß-Course: 3proz. Rente 68, 80. 4½proz. Rente 96, —. Italienische 5proz. Rente 70, 80. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier 44½. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 478. Credit-mobilier-Aktien 967. Lomb. Eisenbahn-Aktien 603. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 17. Septbr., Nachm. 3 Uhr. Consols 93½. 1proz. Spanier 44½. Mexikaner 32⅜. Sardinier 83. 5prz. Russen 95. Neue Russen 93. Der Dampfer aus Rio Janeiro ist am 14. d. M. in Lissabon angekommen.

London, 17. Sept. Mit dem Dampfer „City of Washington" eingetroffene Berichte aus Newyork vom 8. d. M. melden: der Wechsel-Cours auf London war in Newyork 130½—131½, Gold 19 % Agio, Fonds gestiegen, Middling 55, Getreidearten gefallen.

Wien, 17. Sept., Mitt. 12 Uhr 30 Min. Börse wenig beliebt. 5proz. Metall. 71, 20. 4½proz. Metall. 62, 75. Bank-Aktien 792. Nordbahn —, —. 1854er Loose 90, 75. National-Anleihe 83, 10. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 240, 50. Creditaktien 216, 50. London 127, 10. Hamburg 94, 90. Paris 50, 35. Gold —, —. Silber —, —. Böhmische Westbahn 160, 50. Lombardische Eisenbahn 278, —. Neue Loose 132, 25. 1860er Loose 91, 20.

Frankfurt a. M., 17. Sept. Nachm. 2 Uhr 30 M. Oesterr. Effekten, besonders Kredit-Aktien etwas billiger. — Schluß-Course: Ludwigshafen-Berbach 138⅞. Wiener Wechsel 92. Darmst. Bankaktien 226. Darmst. Zettelbank 250. 5proz. Metall. 54. 4½proz. Met. 47¾. 1854er Loose 70¼. Oesterr. National-Anleihe 63¾. Oest.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 221. Oesterr. Bank-Antheile 739. Oesterreich. Credit-Aktien 198½. Neueste österr. Anleihe 72½. Oesterr. Elisabet-Bahn 122½. Rhein-Nahe-Bahn 21¼. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 129.

Hamburg, 17. Sept., Nm. 2 Uhr 30 M. Fest bei ziemlichem Geschäft. Schluß-Course: National-Anleihe 64¾. Oesterr. Credit-Aktien 84¼. Vereinsbank 101⅞. Norddeutsche Bank 99. Rheinische 96⅝. Nordbahn 64¼. Disconto 3¼. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 17. Sept. [Getreidemarkt.] Weizen loco und ab auswärts weichend. Roggen loco stille, ab Ostsee unverändert und geschäftslos, Oel pr. Oktbr. 31⅝, pr. Mai 29¾. Kaffee fest, Riopost abwartend.

Liverpool, 17. Septbr. [Baumwolle.] 1000 Ballen Umsatz. — Preise ruhig, aber weichend.

London, 17. September. Getreidemarkt (Schlußbericht). In Getreide beschränktes Geschäft; Preise nominell und unverändert.

Amsterdam, 17. September. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen 10 Fl. niedriger. Roggen unverändert. Raps Oktober 84, April 85½. Rüböl Herbst 48, Mai 48¼.

Berlin, 17. Sept. Die Börse fand sich bei ihrer Eröffnung bereits im Besitz der Nachricht, daß das Ministerium einen entgegenkommenden Schritt gethan habe, um eine Ausgleichung der zwischen ihm und den Abgeordneten bestehenden Differenz zu versuchen. Der Eindruck dieses Entschlusses war auf die Börse durchaus günstig, obschon keine Bürgschaft dafür vorhanden ist, daß auf diesem Wege die erstrebte Einigung wirklich zu erzielen sein wird. Die Börse erkennt indeß in der Nachgiebigkeit der Regierung eine Gewähr dafür, daß dieselbe überhaupt davor zurückschreckt, den Conflict bis zum Bruch sich entwickeln zu lassen. Die Haltung war demnach eine vollkommen vertrauende, und dies äußerte sich hauptsächlich in gesteigerter Lebhaftigkeit und weiterer Ausdehnung des Begehrs für inländische Effecten. Die schweren Eisenbahnactien waren fast sämmtlich in guter Frage, die schlesischen Devisen vor Allem in belangreichem Verkehr, so weit wenigstens mit dem vorhandenen Material der Frage genügt werden konnte. In andern Effectengattungen ging es still her, die österr. Sachen behaupteten selbst den gestrigen Coursstand nur matt. Geld war heute reichlicher bei 3proc. Disconto. (Bank- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 17. September 1862.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	102½ bz.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4½	100 bz.
dito 1854, 55A. 56 57	4½	102½ bz.
dito 1853	4	100¼ B.
dito 1859	5	108¼ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	91¼ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	128 bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	103½ bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärker	3½	93 bz.
dito dito	4	102¼ B.
Pommersche	3½	91¾ G.
dito neue	4	101⅛ bz.
Posensche	4	104⅝ bz.
dito	3½	99¼ G.
dito neue	4	99⅜ bz.
Schlesische	3½	94¾ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärker	4	100⅛ bz.
Pommersche	4	100⅛ bz.
Posensche	4	99¾ G.
Preussische	4	99⅞ G.
Westf. u. Rhein.	4	99¾ bz.
Sächsische	4	100⅜ B.
Schlesische	4	100½ bz.
Louisdor	—	110 bz.
Goldkronen	—	9. 7 G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall	5	56¼ B.
dito 54r Pr.-Anl.	4	71½ B.
dito neue 100 fl.-L.	—	70 bz.u.B.
dito Nat.-Anleihe	5	65½ G.
dito Bankn. n. Whr.	-	79¾ bz
Russ.-engl. Anleihe	5	94⅝ G.
dito 5. Anleihe	5	88 etw. bz.u.G.
dito poln. Sch.-Obl.	4	85 bz.u.G.
Poln. Pfandbriefe	4	— — -
dito III. Em.	4	88½ bz u.B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	92½ G.
dito à 300 Fl.	5	94½ G.
dito à 200 Fl.	—	24 G.
Poln. Banknoten	—	88⅞ bz.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57¾ etw. bz.
Baden 35 Fl.	—	31¾ bz.u B.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	87 bz.
Aach.-Mastricht	3½	4	32 bz.
Amst.-Rotterdam	5 1/15	4	90½ bz.u.G.
Berg.-Märkische	6½	4	110⅜ bz.
Berlin.Anhalter	8¼	4	139½ bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	120 bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	212½ bz.
Berlin-Stettiner	7 1/12	4	131 à 132 bz.
Breslau-Freibrg.	6⅞	4	136½ à 138¼ bz.
Cöln-Mindener	12¼	3½	182 bz.
Franz. St.-Eisenb.	6 7/10	5	126½ bz.
Ludw.-Bexbach	8	4	139¼ B.
Magd.-Halberst.	22½	4	320 G.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	44¾ bz.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	128 G.
Mecklenburger	2⅞	4	60¾ à 61 bz.
Münster-Hammer	4	4	98 B.
Neisse-Brieger	3½	4	83 bz.
Niederschles.	4	4	99⅜ bz.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	71½ bz.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	65 à 64¾ bz.
dito Prior	—	4½	— — —
Oberschles. A.	7 9/15	3½	171 bz.
Oberschles. B.	7 9/15	3½	151 bz.
dito C.	7 9/15	3½	171 bz.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	— — —
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	97 bz.
dito Prior E.	—	3½	85⅝ bz.
dito Prior F.	—	4½	101¾ bz.
Oppeln-Tarnow.	⅚	4	30 bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	58½ G.
Rheinische	5	4	98 bz.
dito (St.) Pr.	—	4	101¾ G.
dito Prior	—	4	93½ G.
dito III. Em.	—	4½	99¾ bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	25⅛ G.
Ruhrort-Crefeld	3 1/15	3½	91 B.
Starg.-Posener	4	3½	114 bz.
Thüringer	6⅔	4	126 G.
Wilhelms-Bahn	—	4	58⅛ bz.
dito Prior	—	4	92¼ B.
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	92½ G.
dito dito	—	5	95 G.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5 11/15	4	114¾ G.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	93½ G.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	80¼ etw. bz.
Bremer „	5⅕	4	104¾ B.
Coburg. Credit A	3	4	78½ etw. bz.
Darmst. Zettel-B.	8⅕	4	100 G.
Darmst. Credb. A.	5	4	90, E. 90⅜ bz.
Dess. Creditb. A.	—	4	3¼ B.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	97¾ bz.u.B.
Genf. Creditb. A.	—	4	42¼ bz.
Geraer Bank	5¾	4	93 etw. bz.
Hamb. Nord. Bank	5	4	98⅛ bz.
„ Ver.-Bank	5 1/15	4	101½ G.
Hannov. „	4½	4	99½ B.
Leipziger „	3	4	77⅜ etw. bz.
Luxembrg. „	10	4	102¼ G.
Magd. Priv. „	4 1/10	4	90½ G.
Mein. Creditb. A.	6	4	92⅛ G.
Minerva Bgwk. A.	—	5	32¾ G.
Oester. Creditb. A.	7¾	5	85½ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 11/15	4	99 B.
Preuss. B.-Anthl.	4 7/10	4½	122 bz.
Schl. Bank-Ver.	6	4	98 etw. bz.u.B.
Thüringer Bank	2⅜	4	59¼ G.
Weimar. Bank	4	4	83¾ bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143⅝ B.
dito	2 M.	142¾ bz.
Hamburg	8 T.	151¾ bz.
dito	2 M.	150¾ bz.
London	3 M.	6. 21½ bz.
Paris	2 M.	80 1/12 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	79⅜ bz.
dito	2 M.	78½ bz.
Augsburg	2 M.	56. 24 G.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99 5/12 bz.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 26 G.
Petersburg	3 W.	98⅔ b. 3 M. 97⅝ b.
Warschau	8 T.	88⅜ bz.
Bremen	8 T.	109⅞ bz.

Amsterdam, 17. Septbr. (Zweites Telegramm der Herren Coomans Born und Philippi.) Vollständiger Ablauf der heute hier abgehaltenen Kaffee-Auction.

	Ablauf. Cts.	Taxe. Cts.		Ablauf. Cts.	Taxe. Cts.
Nr. 1	60	57	Nr. 15	47½	47
„ 2	59	55	„ 16	49½	48½—49
„ 3	50	50—50½	„ 17	47	46
„ 4	47	47½—48	„ 18	47	46
„ 5	56	55	„ 19	50½	48—49
„ 6	56	54	„ 20	46⅓	45½
„ 7	53?	51—52	„ 21	45½	45½
„ 8	51½	49—49½	„ 22	45½	45½
„ 9	46	46½	„ 23	46	45½
„ 10	46½	46	„ 24	45½	45½
„ 11	52½	52	„ 25	45½	45
„ 12	52⅓	51	„ 26	45½	45
„ 13	51½	51	„ 27	45	44½—45
„ 14	50¼	49	„ 28	43¼	42—43

Breslau, 18. Septbr. Wind: Nord. Wetter: trübe und kühl. Der Geschäftsverkehr blieb ohne jegliche Anregung und waren Preise in sehr matter Preishaltung bei vorherrschend flauer Stimmung.

Weizen vernachlässigt; pr. 85pfd. weißer 75—83 Sgr., gelber 74—79 Sgr., galizischer 72—75 Sgr. — Roggen ohne wesentliche Aenderung; pr. 84pfd. 52—55—57—59 Sgr. — Gerste matt; pr. 70pfd. 39—40½ Sgr., polnische 36—38 Sgr. — Hafer wenig beachtet; pr. 50pfd. schlesischer 22—24 Sgr. — Erbsen und Wicken geschäftslos. — Rapskuchen 51—54 Sgr. — Oelsaaten fanden geringere Kauflust, feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Schlaglein gefragter.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	75—79—83	Wicken	36—38—41
Gelber Weizen	73—77—80		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	52—56—59	Schlag-Leinsaat	175—185—195
Gerste	36—39—42	Winter-Raps	224—240—250
Hafer	22—23—24	Winter-Rübsen	215—230—240
Erbsen	45—50—54	Sommer-Rübsen	194—210—219

Kleesaat in den zeither billigeren alten Sorten mehr beachtet, rothe 9—11—12—14 Thlr., neue Waare 14—16½ Thlr., weiße 9—11½—14½ bis 16½ Thlr., neue 14—17—19 Thlr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 18—22 Sgr., Metze ¾—1¼ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco und Herbst 14½ Thlr. Br. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 16⅔ Thlr., Herbst 16½ Thlr.

Posen, 17. September. Wetter: freundlich. Roggen: flau. Gek. — Wispel. Loco per d. Monat 43 Br., September-Oktober 42 bez. u. Gld., ⅙ Br., October-November 41⅓ Br., November-Dezember 40⅚ Br., Dezember-Januar do., Januar-Februar —, Frühjahr 1863 41 Br.

Spiritus: weichend. Gek. — Qrt. Loco per d. Monat 16⅚ bez. u. Br., Oktober 16⅓ Br., ⅙ Gld., November 15½ bez. u. Br., Dezember 15 5/12 bez. u. Br., Januar 1863 do., Frühjahr 15¾ bez. u. Br.

Hartwig Kantorowicz Söhne.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.